

Der Gefellshafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gründet 1876

Verleger: 24

Bestellpreis: 30 Pf. im
Vorabzahl. —
Weniger bei
bestm. Erfolge.

Es wird keine
Kontingente
überlassen.
Kontingente
überlassen.
Kontingente
überlassen.

Telegraphische
Anzeige:
Nagold.
Postfach:
Nagold 5117.

Nr. 145

Freitag den 25. Juni 1920

94. Jahrgang

Wirtt. Landtag.

Stuttgart, 23. Juni. Die zweite Sitzung des neuen
Landtags stand im Zeichen der Wahl des Staats-
präsidenten. Die Tribünen waren überfüllt.

Präsident Walter eröffnete die Sitzung um 12^{1/2} Uhr.
Es ist eine Aufhebung der Landtagswahl aus Streitfragen
im Einklang eingelaufen. Sie wird geschäftsordnungs-
gemäß behandelt.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 97 Ab-
geordneten. Man geht sofort über zur Wahl des Staats-
präsidenten. Bei dieser Wahl beteiligen sich 83 Abgeordnete.

Die Fraktion der Unabhängigen hat eine schriftliche Erklä-
rung abgegeben, daß sie den Staatspräsidenten für überflüssig
hält und sich deshalb nicht an der Wahl beteiligt. Die
bekanntliche Repräsentation des Staatspräsidenten sei eine
schwache Kopie der früheren Monarchie. (Lachen bei der
Rede im Hause). Die geheime Abstimmung ergibt 52
Stimmen für den Kandidaten Abg. Hieber, 27 für den
früheren Landtagspräsidenten Abg. Reut, eine für Finanz-
minister Vösching und drei weiße Zettel. Auf die Frage des
Präsidenten, ob Hieber die Wahl annimmt, hält Hieber fol-
gende Ansprache: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das
das Haus durch diese Wahl mit ausgesprochen hat und er-
laube mich zur Annahme der Wahl bereit. In überaus
schwerer Zeit, die die katastrophalen Ereignisse über unser
Volk und über unseren Staat gebracht hat, in einer Zeit des
äußeren und inneren Drucks soll mir das Amt
des Staatspräsidenten übertragen werden. Ich bin mit der
Schwere und Tiefe der Verantwortung, die damit verbunden
ist, vollumfänglich bewußt. Dieses Amt kann nur geführt werden,
wenn alle Kräfte, die auf der durch die Verfassung neu
geschaffenen Grundlage unserer Staatsordnung wieder aufbauen
müssen und einheitlich zusammenwirken. Es kann nur ge-
führt werden, wenn ein lebendiges, festes Zusammenge-
hörigkeitsgefühl von Volk und Staat alle Schichten des Volkes
belebt und durchdringt. Es kann nicht geführt werden ohne
den starken Willen, uns gegenseitig zu vertrauen und zu
verstehen, nicht ohne unbedingte Treue zur Einheit des deut-
schen Volkes. (Bravo). Das bisherige Staatsministerium
hat nach der Verfassung bis zur Bildung des neuen Mini-
steriums die Geschäfte weiter zu führen. Meine nächste
Aufgabe ist es, das neue Ministerium zu bilden. Wenn
dies geschehen ist, wird der Landtag sofort neu zusamen-
treten und die verfassungsmäßig vorgesehenen Grundlagen,
das Vertrauen für das neue Ministerium einholen. Es liegt
mir noch ob, den Dank des Hauses und des württembergi-
schen Volkes anzusprechen an den Mann, der bisher das
Amt des Staatspräsidenten geführt hat. (Beifall). Er hat
trotz der Last der Jahre, zuerst als Vorstand der provisorischen
Regierung, dann durch das Vertrauen der Volkswahl
dieses Amtes mit Ruhe und Würde, mit Klugheit, Besonnenheit und Entschiedenheit (Bravo).
Das württ. Volk wird ihm bleibenden Dank wissen. (Nähe
bei den Unabhängigen).

Präsident Walter schließt sich dem Dank an den
Staatspräsidenten Blos an freundlichen Worten an und
übermittelt dem neuen Staatspräsidenten, zugleich im Namen
des württ. Volkes, herzlichsten Glückwünsche. Hieber habe schon
bisher als Vorstand eines wichtigen Staatsamtes wertvolle
Leistungen geleistet und sei mit den Regierungsgeschäften ver-
traut. Das Haus sei überzeugt, daß ihn diese Kenntnisse
instand setzen werden, die schwerwiegende Aufgaben des Reichs
gegenüber zu wahren und den föderalistischen Gedanken
nicht zu vergessen. Leider sei es nicht möglich, eine Koalition
auf dieser Grundlage herzustellen. Nur die außerordent-
liche Lage könne es rechtfertigen, auf der vorgeschriebenen Grund-
lage die Einwirkung in wichtige Bereiche zu lassen. Die
Regierungsabteilung müsse zu größter Klugheit und größter
Besonnenheit. In Hieber hätte man das Vertrauen, daß er die
Mitglieder des Hauses zu positiver Mitarbeit zusammenfüh-
ren werde. Eine Vereidigung Hiebers sei nicht nötig, da er
als Staatsbeamter und Minister bereits den Eid auf die
Verfassung abgelegt habe. Die Vorgänge der letzten Nacht
veranlassen zu der Bitte an den neuen Staatspräsidenten,
möglichst rasch die Bildung einer neuen Regierung und die
Behandlung der Preisfrage für Lebensmittel vorzunehmen.
Staatspräsident Hieber verspricht, dieser Bitte nachzukommen.

Abg. Blos: Ich danke für so viel Anerkennung, die
ich nicht glaube verdient zu haben. Ich trage nur in mir
das Bewußtsein, sowohl für das Wohl des Landes getan zu
haben, als möglich war. Meinem Nachfolger wünsche ich,
daß er über die Schwierigkeiten Herr werden möge.

Durch Zuzug wird sodann der Finanz- und Legiti-
mationsausschuß berufen.

In allen drei Votungen und in der Schlussabstimmung
wird Johann der Rathauswahl für 1920, durch den die Fort-
erhebung der Steuern bis 31. August d. Js. bewilligt ist,
ohne Aussprache gegen die Stimmen der Unabhängigen an-
genommen. Die U.S.V. stimmte dagegen, weil sie die
Steuern für unersetzlich hält.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr. — Die nächste Sitzung
findet nach der Bildung des Kabinetts statt. Sie wird vom
Landtagspräsidenten bestimmt. Mit einer baldigen Einberu-
fung des Landtags, in der dann die Regierung ihr Pro-

gramm vorlegen wird, ist zu rechnen. Voraussichtlich dürfte
dies anfangs nächster Woche der Fall sein.

Die Kabinettsbildung.

Stuttgart, 23. Juni. Die Beratungen über Kabinetts-
bildung in Württemberg wurden, nachdem der neue Staats-
präsident Dr. Hieber gewählt war, sofort aufgenommen. Wie
verlautet, wird Vösching das Finanzministerium, Holz das
Justizministerium, Graf das Ministerium des Innern und
der Staatspräsident des Kultusministeriums übernehmen. Ueber
das Ernährungs- und Arbeitsministerium, das bekanntlich
zu einem Wirtschaftsministerium zusammengelegt werden soll,
verlautet noch nichts Bestimmtes.

Anfrage wegen der Unruhen.

Stuttgart, 23. Juni. Bürgerpartei und Bauernbund
haben folgende Anfrage eingebracht: Ist das Staatsmini-
sterium bereit, Auskunft zu geben, warum es gerade jetzt das
bisher die Ruhe sichernde Verbot der Märsche und Versam-
lungen unter freiem Himmel aufgehoben hat? Was gebietet
das Ministerium zu tun, um eine Wiederholung ähnlicher
blutiger Ausschreitungen, wie sie durch die Aufhebung des
Verbots in den Städten Reutlingen, Ravensburg und Ulm mög-
lich waren, zu verhindern? Wie will es insbesondere künftige
Mißhandlungen und Lebensbedrohungen der Beamten und
verfassungstreuen Staatsbürger verhindern?

Die Ausschreitungen in Ulm und Ravensburg.

Zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung.

Stuttgart, 23. Juni. Amlich wird mitgeteilt: Zur
Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit im Oberamts-
bezirk Ulm, wo die Unruhen einen ernstlichen Charakter an-
genommen haben, hat das Staatsministerium auf Grund des
Art. 48 der Reichsverfassung den Ausnahmezustand
verhängt. Zum Regierungskommissar wurde der Ober-
amtsvorstand von Ulm bestimmt. Gegen Theodor Köhner
jun. ist die Strafverfolgung beantragt worden wegen
eines in der „Schwäb. Tageszeitung“ veröffentlichten Aufrufs,
in dem dieser in ähnlichen Rührungsartikeln an
Stuttgart oder sonstige größere Industriebezirke, in denen
Unruhen entstehen sollten, aufgefordert wird. Köhner jun.
ist in Schutzhaft genommen worden.

Näheres aus Ulm.

Ulm, 23. Juni. Die von den Vereinigten Gewer-
schaften veranstaltete Demonstration hat bekanntlich zu
ersticklichen Zusammenstößen zwischen hochgradig erregten
Menschenmengen und bewaffneter Macht geführt. Die Demon-
stration, die auf dem Charlottenplatz eine große Menschen-
menge zusammengeführt hatte, verlief in aller Ordnung.
Drei Redner behandelten die Forderungen und brachten
in acht Punkten zusammengefaßte Forderungen zur Annahme.
Hauptforderungen waren: 1. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 2. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
3. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 4. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 5. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 6. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
7. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 8. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 9. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 10. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz.

Ulm, 23. Juni. Die von den Vereinigten Gewer-
schaften veranstaltete Demonstration hat bekanntlich zu
ersticklichen Zusammenstößen zwischen hochgradig erregten
Menschenmengen und bewaffneter Macht geführt. Die Demon-
stration, die auf dem Charlottenplatz eine große Menschen-
menge zusammengeführt hatte, verlief in aller Ordnung.
Drei Redner behandelten die Forderungen und brachten
in acht Punkten zusammengefaßte Forderungen zur Annahme.
Hauptforderungen waren: 1. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 2. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
3. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 4. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 5. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 6. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
7. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 8. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 9. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 10. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz.

Ulm, 23. Juni. Die von den Vereinigten Gewer-
schaften veranstaltete Demonstration hat bekanntlich zu
ersticklichen Zusammenstößen zwischen hochgradig erregten
Menschenmengen und bewaffneter Macht geführt. Die Demon-
stration, die auf dem Charlottenplatz eine große Menschen-
menge zusammengeführt hatte, verlief in aller Ordnung.
Drei Redner behandelten die Forderungen und brachten
in acht Punkten zusammengefaßte Forderungen zur Annahme.
Hauptforderungen waren: 1. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 2. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
3. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 4. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 5. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 6. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
7. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 8. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 9. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 10. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz.

Ulm, 23. Juni. Die von den Vereinigten Gewer-
schaften veranstaltete Demonstration hat bekanntlich zu
ersticklichen Zusammenstößen zwischen hochgradig erregten
Menschenmengen und bewaffneter Macht geführt. Die Demon-
stration, die auf dem Charlottenplatz eine große Menschen-
menge zusammengeführt hatte, verlief in aller Ordnung.
Drei Redner behandelten die Forderungen und brachten
in acht Punkten zusammengefaßte Forderungen zur Annahme.
Hauptforderungen waren: 1. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 2. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
3. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 4. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 5. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 6. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
7. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 8. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 9. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 10. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz.

Ulm, 23. Juni. Die von den Vereinigten Gewer-
schaften veranstaltete Demonstration hat bekanntlich zu
ersticklichen Zusammenstößen zwischen hochgradig erregten
Menschenmengen und bewaffneter Macht geführt. Die Demon-
stration, die auf dem Charlottenplatz eine große Menschen-
menge zusammengeführt hatte, verlief in aller Ordnung.
Drei Redner behandelten die Forderungen und brachten
in acht Punkten zusammengefaßte Forderungen zur Annahme.
Hauptforderungen waren: 1. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 2. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
3. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 4. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 5. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 6. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz,
7. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz, 8. Einsetzung
eines Reichstages auf dem Platz, 9. Einsetzung eines Reichstages
auf dem Platz, 10. Einsetzung eines Reichstages auf dem Platz.

Man der Polizeiwehr anrufen, um das Rathaus zu be-
setzen. Unter den höchsten Schimpfereien und Beschuldigungen
wurde über die Polizeiwehr hergefallen; es wur-
den ihnen Waffen entzogen und mit offenem Feindes-
hau auf sie ein. Hierbei wurde ein Polizist durch einen
Stein in die Brust verwundet, u. von der Polizeiwehr mu-
ßten 15 Mann im Rathaus verbunden werden. Im Rathaus
ergriff die Polizeiwehr Besitz von den Räumlichkeiten und
entfernte von der Rathauskanzlei die von einem Herrn ge-
haltene rote Fahne. Nach längerer Pause verließen einige
Leute durch Fenster in das Treppenhaus eingehenden. Da-
raufhin gab die Besatzung scharfe Schüsse ab. Ein un-
begreiflicher Tumult legte darauf ein. Die größten
Vorfälle und Verwundungen gegen die Polizeiwehr
wurden laut. Ein Mann, angeblich ein Kommunist, bestieg
einen auf dem Platz aufgestellten Tisch und forderte namens
der Arbeiterschaft die Entwaffnung der Polizeiwehr unter
Zusicherung ungeschädigten Abzugs und die Schutzhaftnahme
(und Inhaftierung), wie ein zweiter Redner forderte
des Hauptmanns Hinrichs, der den Befehl zum Scharfschüt-
zen gegeben hatte. Während über diese Forderungen ver-
handelt wurde (Hauptmann Hinrichs nahm, wie aus den
Rathausfenstern zu sehen war, eine ablehnende Haltung
ein), verbrietete sich um die Zeit des Dunkelwerdens die
Reichswehr unter den Verfammeten, daß Reichswehr im
Kamarsch sei. In der Tat hatte ein mit Geschützen
ausgerüstetes Bataillon den Vormarsch gegen das Rathaus
auf drei Straßen angetreten, und während vor dem Rathaus
noch immer die ausfalligen Beschimpfungen und Drohungen
gegen Hauptmann Hinrichs u. gegen seine Mannschaft aus-
gesprochen wurden, hatte die Reichswehr den Marktplatz um-
stellt und die ebenfalls herbeigerufenen Einwohnereinheiten abge-
teilt. Als eben die Strohdachbedeckung einsetzte, legte das
Bataillon Schüsse auf die Marktplatz der Maschinen-
wehre der Reichswehr gegen die Rathauskatheden. Die Gar-
den der Geschosse schlugen auf den Pflastersteinen helle Fun-
ken. Nachdem in Pausen mehrmals das Maschinengewehr-
feuer eingesetzt und auch ein Geschütz gesprochen hatte, ver-
stummte auf dem Marktplatz allmählich das Geschütz, und
gegen 1/11 Uhr war der Platz vor dem Rathaus gesäubert.
In den Straßen sah man verschiedentlich Verwundete und
Trupps schreitender Leute.

Die Liste der Opfer. — Reue Forderungen der Arbeiter.

Ulm, 23. Juni. Bei den Unruhen am Dienstag wur-
den folgende Personen getötet: 1. Eugen Dillens von Ulm,
16 Jahre alt, 2. Heinrich Knorr von Dürmentingen, 54 J.,
3. Jakob Rubin von Neu-Ulm, 18 J., 4. Georg Matthes,
32 J., 5. August Mühlberger von Grimmelfingen, 19 J.,
6. Johann Schmid von Muffingen, 50 J. Die Opfer sollen am
Freitag gemeinsam unter Teilnahme der gesamten Arbeiter-
schaft beerdigt werden. 12 Personen wurden 12, von der
Polizei und Reichswehr 14 Mann verletzt. Der Gemein-
derat verabschiedete sich heute zu einer außerordentlichen Sitzung,
um zu den gestrigen Ereignissen und zur augenblicklichen
Lage Stellung zu nehmen. Er empfing eine Abordnung die-
siger Betriebsräte, die den Gemeinderat um Unterstützung
folgender Forderungen ersuchten: 1. Sozialisierung der dazu
reifen Wirtschaftszweige, Aufhebung der Kriegsgesellschaften,
Verwendung der Gelder für Verbilligung der Lebenshaltung
und Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion, 3. Auf-
hebung der Fideikommiss, Sozialisierung aller Güter, 4.
Aufhebung der Reichs- und Landesstellen für Volksernährung,
5. Erhöhung der Rationen, 6. Sofortiger Abbau aller Preise
für Lebensmittel, besonders für Milch, 7. Vereinfachung des
Wohnungswesens durch Vereinfachung militärischer Gebäude,
8. Regelung, Ueberwachung und Kontrolle der industriellen
Produktion durch Organe der Arbeiter, 9. Entlassung des
Hauptmanns Hinrichs aus der Polizeiwehr und der Stadt
Ulm. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Forderungen zu
unterstützen. Zum Zeichen des Protestes gegen die Leuzung
und zum Zeichen der Trauer über die Opfer trat die Arbeit-
erschaft heute in den Generalstreik. Am Donnerstag wird
die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Lage in Ravensburg.

Ravensburg, 23. Juni. Am Mittwoch war die Stadt
ruhig, die Stimmung der Bevölkerung ist aber noch
erregt. Die Gerüchte, daß die Arbeiterschaft von Fried-
richshafen heute zur Demonstration hierher komme, bewoh-
neten sich nicht. Gestört wurden bei den Unruhen der 58
Jahre alte Maurer Sauter und ein jüngerer Mann. Ver-
letzt sind 17 Personen.

Der Budapester Riesenprozeß.

ABC. Aus Budapest wird uns geschrieben:
In dem am Montag den 21. Juni beginnenden Prozeß
gegen die gewählten Volksbeauftragten der Räterepublik Un-
garn wird die Kommunistenpartei in Ungarn eingehend
behandelt werden. Zwar toben in Ungarn immer noch die
politischen Leidenschaften, es ist jedoch zu hoffen, daß der
Gerichtshof mit aller Objektivität den Prozeß führen wird,
so daß die einzelnen Verhandlungen gegen die anstehenden

Volkstommisare einen historischen Ueberblick bieten werden.

Bekanntlich sind die namhaftesten Familien des Kommunistenstaates in der 2. Augustnacht 1919 geflüchtet. Die Organisatoren der kommunistischen Bewegung in Ungarn und die späteren Führer der Kommunisten Bela Kun, sein treuer Helfershelfer Julius Tlapak, Josef Bogany, der „Kopist“ Bela Bago, der noch in Rußland mit Bela Kun zusammen gearbeitet und sich von einem kleinen Verlagsbeamten zum Volkstommis für den Innern und zum Korpskommandanten aufgeschwungen hat, Eugen Hammer, der Volkstommis für Landwirtschaftswesen und noch mehrere hohe Würdenträger der Räterepublik — sie sind alle geflüchtet und in Sicherheit. Die jetzt angeklagten Volksbeauftragten waren keine Kommunisten, sie sind aber alle ausnahmslos Vorkämpfer der ungarischen sozialdemokratischen Bewegung, die eher aus Opportunismus, als aus Ueberzeugung die ihnen zugewiesenen Rollen übernommen haben.

Schon im Laufe der Untersuchung haben die jetzigen Angeklagten zu ihrer Verteidigung darauf hingewiesen, daß der rote Terror in viel schärferer Form zur Anwendung gekommen wäre, wenn sie nicht unter den Mitgliedern des revolutionären Regierungsrates gewesen wären.

Einer der interessantesten Persönlichkeiten unter den Angeklagten ist der frühere Universitätsprofessor Peter Agoston, ein Vorkämpfer der Soziologie. Es ist interessant festzustellen, daß Agoston einige Monate vor der Proklamierung der Räterepublik durch seine antisemitischen Broschüren die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat. Nach seinen Aussagen vor dem Untersuchungsrichter hat er immer zur Mäßigung gemahnt. Ebenso will sich der gewesene Volkstommis Dr. Alexander Szabados damit verteidigen, daß er als „Beiter der staatlichen Propaganda des Sozialismus“ ein Vertreter der gemäßigten Richtung gewesen ist. Szabados ist früher Journalist gewesen, dann Sekretär der Arbeiterkassentafel und ein überzeugter Vorkämpfer der sozialen Bewegung der Budapest Journalisten. Ein anderer Angeklagter, Desider Belaugi, ist der wertvollste und einer der ältesten Vorkämpfer der ungarischen sozialdemokratischen Partei, einer der besten Redner, in seiner Jugend Maurergeselle. Aus eigener Kraft hat er sich den Ruf eines anerkannten Publizisten und Agitators mit ungeheurer Einnahme erworben. Während der Räterepublik ist er „Volkstommis für die Hauptstadt Budapest“ gewesen. Von den übrigen Angeklagten gehören Josef Haubrich, Volkstommis für Seereswesen und Stadtkommandant von Budapest, Anton Doga, Kommissar für Gewerbetwesen, Karl Santus, Volkstommis für soziale Fürsorge, seit 15 Jahren zum Vorstände der sozialdemokratischen Partei. Der Angeklagte Belaugi Kalmar, Volksbeauftragter für die deutschen Nationalitäten, früher Redakteur in Sopron (Ungarn) ist schon Staatssekretär während der Karolyi-Regierung gewesen. Der Angeklagte Josef Kelen, Stellvertreter des Volkstommis Dr. Georgi Butaj ist seinem Beruf nach Gymnasialprofessor.

Die Budapest Advokatenkammer hat für sämtliche Angeklagte auf dem Amtswege Verteidiger gestellt. Unter den Verteidigern befinden sich die vornehmsten Budapest Rechtsanwälte.

Die Akten des Prozesses fällen bis jetzt 4 große Schränke.

Der Staatsanwalt hat 500 Zeugen geladen. Von Seiten der Verteidiger wird ebenfalls die Ladung von 500 Zeugen gefordert, so daß mindestens 1000 Zeugen in dem Prozeß vernommen werden.

Die auf 2 Monate festgesetzte Verhandlungsdauer wird bei der Masse der Zeugen sich jedoch sicher auf 3 Monate erstrecken.

Die Verteidiger haben bereits die Einladung von mehreren diplomatischen Vertretern der Entente beantragt. Es sollen durch sie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Räterepublik geklärt werden.

Für die Sicherheit der Angeklagten und Zeugen sind besondere Maßnahmen getroffen worden. A. S.

Freie Durchfahrt der Stimmberechtigten durch den polnischen Korridor.

Berlin, 23. Juni. Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau ist vom polnischen Ministerium des Äußeren auf Grund von Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission in Allenstein eine Erklärung abgegeben worden, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll und in der es heißt: Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Stimmberechtigten der Abstimmungsgebiete von Marienwerder und Allenstein in täglich sieben Sonderzügen während des Zeitraums von 14 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern. Jeder Stimmberechtigte, der durch das polnische Gebiet zu fahren wünscht, muß sich durch folgende Papiere ausweisen: a) durch einen Abstimmungsausweis, ausgestellt von einer zuständigen Kommission, b) durch einen Personalausweis mit Photographie. Die Abstimmungsausweise werden bei der Kontrolle abgestempelt. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden. Die Durchfahrt muß auf der Strecke Königsberg—Dirschau—Marienburg erfolgen. Die Züge bleiben während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet geschlossen. Den Reisenden ist verboten, während des Aufenthaltes die Züge zu verlassen. Die Durchfahrt von Stimmberechtigten, die schon vorher in Schlesien von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben, ist nicht gestattet. Die im polnischen Gebiete weilenden deutschen Staatsangehörigen genießen die gleichen Rechte wie die polnischen Staatsbürger. Die obigen Bestimmungen gelten auch für den Rücktransport der Stimmberechtigten nach erfolgter Abstimmung.

Aus dem Ruhrgebiet.

Von unrichtigster Seite erhält der „Schw. Merz.“ nachstehende Aufschrift:

Es wäre verfehlt, die ununterbrochen seit mehreren Wochen in allen Teilen des Ruhrgebietes eingetretene Ruhe als Zeichen der aufbäumenden Erkenntnis über die Notwendigkeit des friedlichen Wiederaufbaus Deutschlands anzusehen. Im Gegenteil, das Gebiet der Lippe, Ruhr und Wupper ist durch die Weisungen des März und April keineswegs, wie vielfach angenommen wird, gegen den Bolschewismus immun geworden, vielmehr sind die Feinde eines geordneten Wirtschaftslebens — zu einem wesentlichen Prozentsatz Polen und Russen

— eifrig tätig in großräumiger Organisation die Vorbereitungen zu einer neuerlichen, erfolgversprechenden Kraftprobe mit den Regierungsgewalten zu treffen. Wenn man von den vielen Alarmnachrichten über bevorstehende Rutsche, Waffenverteilungen, geheime Sitzungen, Pläne usw. das Unkontrollierbare außer acht läßt, so bleibt doch noch genug Material übrig, um sich über den Ernst der Lage ein Bild zu machen. So ist erwiesen, daß die Kommunisten in Düsseldorf einen höheren Offizier der interalliierten Friedenskommission — natürlich gänzlich haltlos — Angaben über die Tätigkeit reaktionärer Kapitalisten und Offiziere in Bayern zum Zwecke der Nichterhaltung des militärischen Teils des Friedensvertrags gemacht haben. Es hebt sich, daß trotz aller gelegentlicher Erfolge bei Hausdurchsuchungen die Kommunisten sich heute noch rühmen, genügend bewaffnet zu sein und selbst über Geschütze zu verfügen. Fälle von Verbrechen, die im Ruhrgebiet verurteilt sind, der Reichswehr und Wehrmacht mit kommunistischen Elementen zu durchsetzen oder durch Agitation und Verhetzung die Schlagfertigkeit der Truppe herabzumindern, sind zur Genüge bekannt. Nimmt man hierzu noch Tatsachen wie die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet, wodurch die Kontrolle verdächtiger Personen und Versammlungen erschwert, ein rasches Eingreifen bei Gefahr aber geradezu verhindert wird, oder den Umstand, daß die bekannten Führer der „roten Armee“ mit wenig Ausnahmen sich heute noch des Gewinnes ungezügelter Freiheit erfreuen dürfen, so mag der unbefangene Leser die Schlussrechnung selbst ziehen. Von besonnenen Teil der Bürgererschaft der bedrohten Gegenden ist wenig Hilfe zu erwarten. Zur Wiedereinrichtung der dort nicht bewährten Einwohnerwehr sind die Bürger zu ängstlich, bequem oder gleichgültig. Auch technische Maßnahmen arbeiten nur an wenigen Stellen. So kommt es, daß die Düsseldorf Bürgerwehr einem trotz Bewilligung fast aller der ursprünglich gestellten Forderungen durch Steigerung derselben zustande gekommenen Streik der Räte, Arbeiter seit 12. Juni wehrlos gegenübersteht und ohne Elektrizität, Gas und Straßenbahn die Forderungen dieses „Räte“-Streiks bald wird bewilligen müssen; ein weiterer Beweis kommunistischer Taktik! Starke Kräfte unter einheitlicher Führung sind dringend nötig, um ein weiteres Zurückweichen unseres Wirtschaftslebens mit all seinen Folgen zu verhindern.

Die Landtagswahlen in Thüringen.

Weimar, 23. Juni. Das amtliche Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen kann erst am nächsten Mittwoch, also in acht Tagen bekanntgegeben werden. Bis jetzt sind folgende Zahlen bekannt: Deutschnationale 45 122 Stimmen (8 bis 4 Sitze), Deutsche Volkspartei 104 077 Stimmen (3 Sitze), Demokraten 58 142 Stimmen (4 bis 5 Sitze), Sozialdemokraten 132 784 Stimmen (11 Sitze), Unabhängige 182 865 Stimmen (15 Sitze), Thüringer Landbund 134 487 Stimmen (11 Sitze), Kommunisten 8434 Stimmen (keine Sitze). Es haben noch 12 bis 15 kleine Orte aus, die aber am Ergebnis nichts wesentliches ändern.

Keine feindlichen Absichten Rußlands gegen Deutschland.

Berlin, 23. Juni. Dem in Moskau eingetroffenen Vertreter der Reichszentrale für Krieg und Friedensangelegenheiten der Volkskommission des Auslandigen, Tschilcherin, daß alle Gerüchte über feindliche Absichten Rußlands Deutschland gegenüber, die im Zusammenhang mit dem russisch-polnischen Krieg in der deutschen Öffentlichkeit aufgetreten seien, jeder Grundlage entbehren. Deutschland gegenüber seien die Absichten Rußlands durch das einzige Bestreben geleitet, mit dem deutschen Volk baldmöglichst in nächste wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zu treten.

Verschieben oder nicht verschieben?

Berlin, 24. Juni. Der Kabinettsausschuß des Reichstags tritt heute vormittag zusammen. Es ist, wie verlautet, geplant, hinsichtlich der ungelösten Kabinettsfrage den Zusammenritt des Reichstags noch einige Tage zu verschieben. Ob die Mehrheit des Kabinettsausschusses nicht aber doch die erste konstituierende Sitzung des Reichstags, in der es sich in der Hauptsache nur um die Bildung des Präsidiums handelt, abzuschieben beschließt, läßt sich augenblicklich noch nicht sagen.

Die Verschiebung von Spaa.

Paris, 25. Juni. Der Londoner Korrespondent des New-York Herald will aus guter Quelle erfahren haben, die Konferenz aus Spaa würde wegen der Lage in Deutschland jedenfalls nochmals vertagt werden. Die Alliierten könnten Verhandlungen von der Bedeutung wie sie in Spaa bevorstünden, nur mit einer dauernden Regierung antizipieren.

Vorläufig keine Anrechnung der Naturalbezüge beim Steuerabzug.

Berlin, 23. Juni. Nach § 45 des Einkommensteuergesetzes hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10% des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Als Arbeitslohn gelten nach § 9 des Gesetzes außer dem Barlohn auch Natural- u. sonstige Sachbezüge. Der Wert dieser Bezüge ist gemäß § 37 des Gesetzes nach den ortsüblichen Mittelpreisen anzusetzen. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung erfordert es, daß zunächst noch für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge einheitliche Grundsätze aufgestellt werden. Der Reichsfinanzminister hat sich daher zu der Anordnung entschlossen, daß bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohn, der bekanntlich am 25. Juni in Kraft tritt, die Natural- u. sonstigen Sachbezüge nicht mit in Anrechnung kommen sollen. Die Anrechnung dieser Bezüge soll vielmehr erst am 1. August und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab in Kraft treten. Wo also der Gesamtlohn eines Arbeiters gleichzeitig aus Barlohn u. Naturalbezügen besteht, wird der Abzug bis zum 1. Aug. lediglich vom Barlohn und erst von diesem Tage ab vom Naturallohn vorgenommen.

Erzberger bleibt in der Zentrumspartei.

Berlin, 24. Juni. Gestern nachmittag erschien Herr Erzberger zum erstenmal wieder im Reichstagsgebäude. Wie der „Volksanzeiger“ erzählt, will sich die Zentrumspartei über das Verbleiben Erzbergers in der Fraktion erst noch schlüssig machen. Erzberger hielt eine mehrstündige Rede, in welcher er erklärte, daß der Herrscherprozeß noch lange nicht entschieden sei, da er Revision eingelegt habe. Die Gewerkschaftler drohten, aus der Zentrumspartei auszutreten.

wenn Erzberger Ausscheiden aus dem Zentrum erzwungen würde. Erzberger bleibt daher vorläufig Abgeordneter der Zentrumspartei.

Bayerische Interessenspolitik.

München, 24. Juni. Der Führer der bayerischen Mittelpartei, Universitätsprofessor Dr. Walter Otto, erzählt in einer geschlossenen Versammlung seiner Partei: Die Bolschewisten warten im Norden auf den Augenblick des Losziehens. Kommt der Norden in Gefahr, so muß Bayern unbedingt dem Norden zu Hilfe eilen. Tatsächlich spielen aber gewisse bayerische Politiker mit dem Gedanken eines Staatenbundes von 1866. Dieses Viehwagen sei schon so weit gediehen, daß von gewisser bayerischer politischer Seite in Zürich mit den Engländern und in San Remo mit den Franzosen verhandelt worden sei. Gegenwärtig weilt ein Kommissar in Paris.

Verantwortlichkeit abgelehnt — Wohlwollen zugesichert.

Berlin, 24. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags ist, wie das „Berl. Tagblatt“ hört, sich darüber, daß augenblicklich keine andere Regierungsbildung möglich ist als diejenige, die von Fejzenbach angestrebt wird. Die Fraktion weiß nur noch nicht, wie sie das tolerare posse aussprechen soll, da sie es auf alle Fälle vermeiden will, für irgend welche Handlungen eines Kabinetts mit verantwortlich gemacht zu werden, in welchem sie nicht vertreten ist. Es besteht Grund zur Annahme, daß die Sozialdemokraten vorher öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten bei der Vorstellung der neuen Regierung im Reichstag abgeben werden, aber sie werden voraussichtlich durch persönliche Fühlungsnahme die entscheidenden Faktoren von ihren beschrifteten Schritten unterrichten und so Herrn Fejzenbach die Möglichkeit geben, das Kabinett bei einem wohlwollend neutralen Verhalten der Sozialdemokratie zustande zu bringen.

Regierungsumschwung in Rußland?

London, 24. Juni. „Evening Standard“ vermisst aus diplomatischer Quelle, daß sich verschiedene bolschewistische Führer, unter ihnen auch Lenin, für die Bildung einer Koalitionsregierung bemühen. Man erwarte für die nächste Zeit einen Umschwung in der Regierung Sowjetrußlands.

Benzinschiebungen in Weßfalen.

Berlin, 24. Juni. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Bochum sind auf der Jede Zentrums bei Warendorf große Benzinschiebungen aufgedeckt worden. Einer der Beteiligten hat sich das Leben genommen.

Die Frage der Moskauer Bahn.

Berlin, 23. Juni. Nach einem Kadenet Telegramm der „Rheinischen Zeitung“ geht die Entscheidung der Völkerversammlung in der Frage der Moskauer Bahn dahin, daß sie die von dem belgischen Völkervertrag gemachten Vorschläge über Zugverbindungen für die Abführung der Bahnhäuser Kadenet-Kadenet herüber und für den westlich der Bahnhäuser gelegenen Teil des Kreises Moskau grundsätzlich annimmt. Die Prüfung der Einzelheiten wird der Grenzkommission übertragen. Die Zugverbindungen bestehen in Verbindungen für die Einwohner des Kreises Moskau hinsichtlich des Personen- und Warenverkehrs nach Kadenet. Die Waren werden durch den Kupener Bezirk ohne Zollämlichkeiten befördert. Deutschland erhält denjenigen Teil des Kupener Bezirks, in welchem das Niederungsgebiet des Kupener Wasserwerks liegt. Das Dorf Mithenich bleibt als deutsche Enklave bestehen, die sich jedoch nur auf die Einwohner beschränkt und nicht die Gemeindegrenzen einschließt, die in dem abzutretenden Teil des Kreises Moskau liegen. Die Eisenbahn und die dazu gehörigen Gebäude, sowie das von ihr durchfahrene Gebiet der deutschen Enklave werden belgisch werden.

(Sollte diese Meldung zutreffen, so stände man geradezu vor einem Rätsel. Die darin widergebene Lösung verfährt so sehr gegen den Friedensvertrag und ist zudem praktisch, so undurchführbar, daß man sie schwerlich als das letzte Wort in dieser Angelegenheit wird ansehen können.)

Eine merkwürdige Wirkung der Verkehrsperre.

Wien, 23. Juni. Auf dem Ostbahnhof ist es heute nach scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und den Gegnern des Boykotts gegen Ungarn zur Einstellung des Personenverkehrs gekommen. Die Anhänger des Boykotts sind die unteren Bediensteten, die Gegner sind die nationalen Beamten, die j. E. selbst die Zusammenkupplung der Wagen besorgen. Mittags kam die Meldung, daß auch die Lokomotivführer in den Streik getreten sind und daß deshalb auch an die Abfahrt der drei bereits von Jahrgängen besetzten Züge nicht zu denken sei. Es droht also auch der Personenverkehr auf der Hauptlinie nach Budapest. Wie von unrichtigster Seite mitgeteilt wird, besteht der Plan, Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam nach Wien zu senden, wo sie in Anwesenheit der Vertreter der Wiener Gewerkschaften mit Vertretern der ungarischen Regierung über die Beilegung des Boykotts verhandeln sollen. Die wirtschaftlichen Folgen des Boykotts verhandeln sollen. Die wirtschaftlichen Folgen des Boykotts verhandeln sollen. Die wirtschaftlichen Folgen des Boykotts verhandeln sollen. Die wirtschaftlichen Folgen des Boykotts verhandeln sollen.

In Budapest dagegen sind die Preise außerordentlich gestiegen, und man wirft den österreichischen Ausfuhrern und Schiebern vor, daß sie an den bisherigen hohen Preisen schuld gewesen sind.

Württembergische Politik.

Der neue Staatspräsident.

Stuttgart, 23. Juni. Der neue Staatspräsident Dr. v. Heber vollendet am kommenden Freitag sein 58. Lebensjahr. Er ist ein Bauernsohn und stammt von Waldhausen OA. Weßheim. Nach dem Besuch der Lateinschule in Schorndorf schlug er die übliche Laufbahn eines evangelischen Theologen ein, besuchte die theologischen Seminare in Schönbühl und Urach und studierte in Tübingen und Göttingen Philosophie und Theologie, 1885 machte er den Dr. phil., wurde 1890 Stadtpfarrer in Tübingen, 1892 Professor und Religionslehrer am Realgymnasium in Stuttgart. Von 1898 bis 1910 war er Mitglied des Reichstages und vertrat den zweiten Reichstagswahlkreis als Mitglied der National-



Nr. 4.20

gegen 20 Pfg. vor dem Kriege

ist der neue Preis, den die Zeitungsverlage für 1 kg Zeitungsdruckpapier bezahlen müssen. Das bedeutet eine 25fache Verteuerung. Unter diesen Umständen wird es jedem einsichtigen Zeitungsleser klar sein, daß diese Preisfestsetzung des Papiers unbedingt auch eine Erhöhung der Bezugsgebühren nach sich ziehen muß, zumal diese, vom Friedenspreis hier ebenfalls ausgehend, nicht einmal um das 10fache steigen sind. Die Zeitung kann ihre in der heutigen Zeit so bedeutungsvollen Aufgaben in sozialer, kultureller und volkswirtschaftlicher Beziehung nur erfüllen, wenn ihr selbst nicht die Bestehenmöglichkeit genommen ist. Letzteres zu verhindern ist Sache des Abonnenten, indem er seinem bisherigen Blatte trotz der Bezugsgebührenerhöhung die Treue bewahrt.

bei Baubeauftrag, vom Rückzug u. erneuten Vormarsch auf Barones. Dann kommen die Stellungskämpfe im Cheppwald, die großen Kämpfe um Baugouls und Bourcelles im Frühjahr 15. der Krieg im Argonner Wald und schließlich die Unternehmungen auf dem Hartmannsweiler Kopf, Wolfenbühlstand und Miedmarsch. Vorrätig ist das interessante Buch bei G. W. Jaiser, Buchhandlung, Nagold.

Legte Nachrichten.

Die Bildung des Kabinetts.

Berlin, 25. Juni. Während die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ die Kabinettsbildung als abgeschlossen ansehen, sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Bemühungen der Parteien, die Bildung des Kabinetts beschleunigt zu Stande bringen, bisher noch zu keinem positiven Ergebnis geführt hätten. Die verschiedenartigsten Namen der neu in Betracht kommenden Persönlichkeiten trafen noch nicht zu. Es heißt, daß der der Deutschen Volkspartei angehörende Oberbürgermeister Scholz-Charlottenburg noch nicht als endgültiger Kandidat für das Reichswirtschaftsministerium bezeichnet werden könne. Ebenso werde es bezweifelt, daß Landrat a. D. o. Hammer von der Deutschen Volkspartei, der als Reichsfinanzminister gen. ut werde, diesen Posten erhalte. Festzulegen scheint bisher nur daß die demokratischen Minister Koch und Gehler in ihren Ämtern verbleiben und daß der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. v. Heine, Reichsjustizminister und zugleich Schatzkanzler werde. Alles übrige sei noch im Fluß und bisher in keiner Weise entschieden.

Sozialdemokratische Interpellationen.

Berlin, 25. Juni. Die sozialdemokr. Reichstagsfraktion nahm, wie der „Vorwärts“ mitteilt, Stellung zu der Wohnungsfrage und beschloß, eine Interpellation einzubringen. Weiter beschäftigte sie sich mit der Arbeitslosenfrage und stimmte der Einbringung folgender Interpellation zu: Was gedenkt die Regierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun? Wie gedenkt sie insbesondere in der heutigen Krise die Stilllegung von Betrieben zu verhindern u. Arbeitsgelegenheit zu schaffen? Ferner wurden 2 fraktionsinterne Beschlüsse beantragt, die Steuerfragen, besonders aber die Einkommensteuer, eingehend zu prüfen und Vorschläge ausarbeiten, nach denen die Härten beim Steuerabzug behoben werden können. Weiter wurde beschlossen, in eine Prüfung der Personalfragen anlässlich der Kabinettsbildung nicht einzutreten.

Wieder auf freiem Fuß.

Stuttgart, 24. Juni. Wie wir erfahren, ist die vom Ministerium des Innern gegen Herrn Theodor Körner jun. wegen öffentlicher Aufforderung zum Lieferstreit verhängte Schutzhaft wieder aufgehoben worden, nachdem Herr Körner die schriftliche Zusicherung gegeben hat, daß er Aufforderungen dieser Art in nächster Zeit unterlassen werde. Im übrigen ist gegen ihn ein Untersuchungsverfahren im Sinne des § 110 des R. St. G. im Gange.

Die Lebensmittelunruhen in Bremen.

Bremen, 24. Juni. Die Lebensmittelunruhen verstärkten sich über Mittag sehr, so daß die Polizei eine besonders lebhaftes Vorgehen für den allgemeinen Verkehr sperrte. Die Demonstranten wandten sich im Laufe des Tages auch gegen Schuhwarenläden und größere Warenhäuser, denen sofort polizeilicher Schutz zuteil wurde. In den ersten Stunden wies sich Zwangsverkauf statt, auch kamen Diebstähle vor. Wie verlautet, soll in einigen vorstädtischen Kaufhäusern geplündert worden sein, doch war nichts Bestimmtes zu erfahren.

Die Lage in Crefeld.

Berlin, 25. Juni. Der durch die Plünderungen in Crefeld angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Die städt. Lebensmittelkommission beschloß, Lebensmittel in großen Mengen anzukaufen und sie zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abzugeben.

Der Landarbeiterstreik in Pommern.

Stettin, 25. Juni. Der Landarbeiterstreik im Regierungsbezirk Köslin umfaßt dem Generalanzeiger zufolge bis jetzt ungefähr 150 bis 200 Güter, davon im Kreise Stolp 100 Güter; seit vorgestern hat der Streik auch auf den Kreis Rummelsburg übergegriffen. Plünderungsversuche sind in dem Kreise Stolp vorgekommen.

Der Steuerabzug im besetzten Gebiet.

Köln, 25. Juni. Der Regierungspräsident gibt bekannt, daß die Rheinlandkommission den 10% Wohnabzug genehmigt hat.

Englische Besichtigungen.

Rotterdam, 25. Juni. „Daily Mail“ meldet: Infolge der ersten Auffassung, welche die militärischen Behörden über die Lage im nahen und mittleren Osten hegen, hat das Kriegsamt in London einen Aufruf an die ehemaligen Soldaten gerichtet, bei der Reserve Dienst zu nehmen. Eine Ver-

stärkung der Reservekräfte um 15 bis 20000 Mann wird für erforderlich gehalten.

Der Boykott gegen Ungarn.

Amsterdam, 25. Juni. Zu der Meldung der „Wiener Neuen Freien Presse“ über bevorstehende Verhandlungen in Wien wegen Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn teilt das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbunds mit, daß dieser tatsächlich auf diplomatischem Wege eine Einladung erhalten habe, seinen Sekretär zu einer Besprechung mit Vertretern der ungarischen Regierung nach Wien zu entsenden. Daraus wird ein Sekretär des Bundes wahrscheinlich noch im Laufe der Woche nach Wien abreisen.

Verhaftete Verleumdete.

Berlin, 24. Juni. Die Wiener Polizei verhaftete, laut „Berliner Lokalanzeiger“ vier des Diebstahls Verdächtige, die einem Juwelenshändler 214 Berlin, die aus einem Diebstahl bei Heberfeldung des ehemaligen österreichischen Botschafters in Madrid, Prinz Fürstberg, herrührten, zum Kauf anboten.

Natürliches Wetter am Samstag und Sonntag. Häufige Gewitter, sonst aber trockene Sommerwarme.

Anteilige Kurse

Anteilige Kurse			
mitgeteilt von der			
Bankfirma Herz & Glend, Karlsruhe i. B.			
3% Kriegsanleihe	79 1/2	Wegm. St. Wkt.	263
4% Württemberg.	87	Böckelshart	183
4% Bad. Eisen. Anl.	86	Nordb. Kogb.	178
3 1/2% do. con.	87	Phönix	390
4% Ungarn	87	Bad. Anilin u. Soda-Wkt.	423
		Deutsche Roll-Wkt.	398
		Druck. Schwy 100 Franks =	880
		Holland 100 Gulden =	1340

Nur die Württembergische C. M. & B. L. B. G. m. B. H. in Stuttgart. Druck und Vertrieb bei G. W. Jaiser, Buchhandlung, Nagold.

Wildberg.

Sammeln von Beeren
 jeder Art ist in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen für Auswärtige bei Strafe verboten; ebenso das Betreten der Kulturen.

Den 25. Juni 1920. 2919

Stadtschultheißenamt.

Obertalheim.

Sammeln von Beeren
 jeder Art ist in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen für Auswärtige bei Strafe verboten; ebenso das Betreten der Kulturen.

Den 25. Juni 1920. 2920

Schultheißenamt.

Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband
 Ortsverwaltung Rottenburg a. N.
 Branchen-Versammlung der Mühlenarbeiter
 Sonntag den 27. Juni mittags 1/2 Uhr
 in der Wirtschaft zum „Bus“ in Horb.

Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung ist bringendes Erscheinen jedes Kollegen vom ganzen Bezirk sehr notwendig.
 2924 Der Geschäftsführer: A. Klut.

Von Sonntag, den 27. ds. Mts. an steht wieder ein großer Transport rheinisch-belgischer Saugfohlen, sowie 1 1/2 und 2 Jährling, worunter sehr schöne zur Zucht geeignete Stuten sind. Ebenso ein Transport

Arbeits- Pferde



leichten u. schwersten Schlags, in unseren Stallungen, wozu Liebhaber höflich eingeladen sind 2927
Preßburger & Co., Pferdehandlung,
 Rexingen. Telephon Horb Nr. 18.

liberalen Partei. Der Bezirk Weidheim sandte ihn von 1900-1910 in den württ. Landtag. Als dann Hieber zum Regierungsdirektor im Coang. Oberlehrer befördert wurde, mußte er seine parlamentarische Tätigkeit aufgeben, wurde aber 1912 vom Bezirk Weidheim wieder in den Landtag gewählt, dem er seither ununterbrochen angehört. In den Revolutionstagen des November 1918 ernannte ihn noch der König zum Kultusminister. Damals hat Hieber das Amt nicht angetreten, denn die Sozialdemokratie verzog die Ministerkammer. Erst als Dr. Lindemann vom Ministerium des Innern ging und Heymann nachrückte, war der Zeitpunkt gekommen, an dem Hieber auf den richtigen Platz gestellt wurde, auf das Kultusministerium. Dr. Hieber hat im Dezember 1918 die politische Schwertung der National-liberalen zur Deutschen demokratischen Partei mitgemacht. Sein Fleiß und seine Leistungen werden allseits anerkannt. Im übrigen gilt auch von ihm das Dichterwort: „Von der Parteien Kunst und daß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“

Zwischenfälle bei der Demonstration.

Freierbad, 23. Juni. Bei der Demonstration gegen die Zwangung kam es zu ersten Zwischenfällen. Es wurden einige Bäcker, die angeblich schlechtes Brot lieferten, aus den Häusern geholt und im Zuge durch die Stadt geführt. Wie der „Sozialdemokrat“ berichtet, hat die Polizei die Bäcker in Schutzhaft genommen.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 25. Juni 1920

Der Lebensunterhalt einst und jetzt. Nach der Zusammenstellung eines Pariser Blattes sind die Kosten für den Lebensunterhalt gegenüber 1913 gestiegen: In den Vereinigten Staaten um 206%, in England um 257%, in Frankreich um 330%, in Italien um 330%, in Deutschland um 1000%, und in Oesterreich um 4000%. Vergleicht man mit diesen Ziffern die Steigerung des Notennennwerts, so ergibt sich eine überraschende Parallele. Die Zunahme beträgt nämlich in den Ver. Staaten 171%, in England 244%, in Frankreich 375%, in Italien 435%, in Deutschland 875% und in Oesterreich 3900%.

Preisabschlag für Samt. Der Verband deutscher Samt- und Filzfabrikanten hat die Preise für Kronensamt am 5. Juni um 25% ermäßigt. Ferner hat der Verband deutscher Samtfabrikanten den Preisabschlag für Schwarzes Samtband um 540 auf 960%, für farbige Samtband um 580% auf 1060% herabgesetzt.

Altenheim, 25. Juni. Nach etwa 11-jährigem Aufenthalt ist vorgestern Oberpostmeister Krämer mit seiner Familie von hier weggezogen, um die Oberpostmeisterstelle in Weidmann zu übernehmen. Oberpostmeister Krämer hat sich durch sein freundliches und geschäftiges Wesen allgemeiner Beliebtheit erfreut und sich als tüchtiger Beamter erwiesen. Nur ungern sieht man ihn deshalb von hier scheiden.

Aus dem übrigen Württemberg.

Unterjettingen, 24. Juni. Eine Hausammlung zu Gunsten der bedrängten Anstalten der Inneren Mission betrug hier — ohne Sindlingen — die Summe von 3243 M. Den Gebeten ist der Dank der Kranken, Alten, Geschädigten und Verwundeten des Landes sicher.

Calw, 24. Juni. In der Zeit vom Sonntag bis Dienstag wurde in dem Schützigen Gartenhaus ein Einbruch diebstahl verübt. Die Einbrecher waren mittels Nachschlüssel eingedrungen und stahlen Silberbesteck, Tischlächer, Leinwand, Werkzeuge, insgesamt im Wert von 1800 M. In der Stuttgarter Altstadt suchten die Einbrecher ihre Beute abzugeben, wurden aber von der Kriminalpolizei abgefaßt. Der eine Täter wurde in Stuttgart selbst verhaftet, die drei anderen am hiesigen Bahnhof vom Landjäger. Die Festgenommenen — alle aus Calw — sind: Paul Göttinger, Gustav Sailer, Eugen Reutlinger und Rudolf Beck.

Schwanningen, 24. Juni. Auch hier hatte die R.P.D. durch Plakate die Arbeiter zu einer Demonstration gegen die Zwangung, die beginnende Arbeitslosigkeit und gegen den Steuerabzug auf den Marktplatz gerufen. Das Gros der Arbeiter schied fern, da das britische Gewerkschaftsamt bekanntgab, daß es sich von leeren Demonstrationen keinen Erfolg verspreche. Einige 100 Arbeiter haben der Aufforderung der R.P.D. Folge geleistet.

Vom Oberland, 24. Juni. Auf den Weiden und Ämtern nehmen die Viehdiebereien derart zu, daß die Bauern Nachwachsende aufstellen müssen. Dem Bauern Stuffer von Hohenmoos wurde eine Kalbin auf der Weide geschlachtet. Bei Romm trieben Viehdieber eine der Pfarrerbauern gehörige Kuh in die Nonner Au, banden sie an einen Baum und verletzten ihr liebes Schwere Stiche. Das Tier riß sich in seiner Todesangst los und schleppte sich blutüberströmt nach Hause. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Württemberg.

Die württ. Regimenter im Weltkrieg 1914-1918. Herausgegeben von Oberst S. Flaishen. Bd. V. Das Württ. Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 124 im Weltkrieg 1914-1918. Bearbeitet von Dr. M. Symonovicz. Mit 92 Abbildungen, 1 Uebersichtstabelle, und 19 Skizzen. In Halbleinen gebunden M. 18.—. Chr. Belfer'sche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart.

Diese mit vielen Bildern u. Skizzen ausgestattete Regiments-Geschichte wird den ehemaligen Angehörigen dieser Truppe eine willkommene Gabe sein. Bei der Durchsicht des Buches werden Erinnerungen in reichster Fülle in ihnen wieder lebendig werden. Die Geschichte des Württembergischen Landwehr-Regiments 124 ist zum großen Teil mitten im Kampfstrom auf dem Gipfel des Hartmannsweiler Kopfes, keine hundert Meter vom Feind entfernt, entstanden, während der Unterstand noch ätzte von den rechts und links einschlagenden Mienen und Granaten. Diese Unmittelbarkeit des Erlebens gibt dem Buche auch Wert und Reiz für den, den keine persönlichen Erinnerungen oder Beziehungen mit dem Regiment verbinden, der sich aber ein Bild von dem Kriegesleben an der Westfront machen möchte. Das Buch enthält anschauliche Schilderungen von der Mobilmachung u. dem Aufmarsch, den Schlachten in Lothringen, um Souvigny und die Maas, der Belagerung von Verdun und der Schlacht



Amtliche Bekanntmachung.

Schweinemärkte in Haiterbach, Nagold und Berned.
 Die Abhaltung der am 1. Juli in Haiterbach, am 5. Juli in Nagold und am 6. Juli in Berned fälligen Schweinemärkte wird unter nachstehenden Einschränkungen gestattet:
 1. Beginn in Haiterbach und Berned je vorm. 1/8 Uhr, in Nagold vorm. 7 Uhr. Vor diesen Zeitpunkten darf nicht aufgetrieben werden.
 2. Der Zutrieb von Schweinen aus Sperr- und Beobachtungsgebieten, sowie von Tieren, die erst in den letzten 3 Monaten Maul- u. Klauenseuche hatten, ist verboten.
 3. Für sämtliche zum Markt gebrachten Tiere sind von der Ortspolizeibehörde beglaubigte Ursprungszeugnisse beizubringen; Händler haben außerdem die Gesundheitszeugnisse und Kontrollblätter mitzuführen.
 4. Personen aus Sperr- und Beobachtungsgebieten ist der Zutritt zu den Märkten verboten.
 5. Der Zu- und Abtrieb der Marktchweine darf nicht durch Sperr- und Beobachtungsgebiete erfolgen.
 Zuwiderhandelnde werden vom Markt zurückgewiesen und bestraft.
 Nagold, den 24. Juni 1920. Oberamt: M 113.

Nach § 2 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 832) gelten als Arbeitslohn, von dem die Steuer einzubehalten ist, nicht nur Selbstentlohn, sondern auch Natural- und sonstige Sachbezüge. Der Wert dieser Bezüge ist, soweit nicht Lohntarifvereinbarungen vorliegen, nach den Ortspreisen zu berechnen, die das jeweils zuständige Versicherungsamt nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festsetzt hat und zwar vorläufig für männliche Personen 840 M und für weibliche Personen 705 M.
 In Ergänzung dieser Bestimmungen wird auf Grund des § 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzblatt S. 359) verordnet:
 Befreit der Arbeitslohn außer in Geldbezügen auch in Natural- oder sonstigen Sachbezügen und übersteigt der Wert dieser Bezüge den Barlohn, so beschränkt sich der Abzug auf zwanzig vom Hundert des Barlohns; dies gilt nur insoweit, als die Gewährung von Natural- oder sonstigen Sachbezügen der bisherigen Uebung entspricht. Die endgültige Veranlagung zur Einkommensteuer wird durch diese Bestimmungen nicht berührt.
 Berlin, den 14. Juni 1920.
 In Vertretung: (gez.) Roese.

Ergänzende Bestimmungen über die Zuständigkeit bei unmittelbarer Ueberweisung des vom Arbeitgeber für die Einkommensteuer einzubehaltenden Arbeitslohnes vom 16. Juni 1920.
 Nach § 12 Abs. 1 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 — Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 832 — kann dem Arbeitgeber gestattet werden, statt der Einzahlung des einzubehaltenden Betrages durch Steuermaximen die Einzahlung unmittelbar in bar oder durch Ueberweisung an die Steuerbehörde vorzunehmen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer zuständig ist.
 Am Arbeitgeber mit zahlreich in mehreren Gemeinden wohnhaften Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierdurch folgendes verordnet:
 Befähigt der Arbeitgeber nicht als 100 Arbeitnehmer und hat für die Erhebung der von ihnen zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden zuständig, so ist der Arbeitgeber berechtigt, den einzubehaltenden Betrag an die für die Vertriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für ihn zuständige Finanzkasse abzuführen. In diesen Fällen hat der Arbeitgeber die Nachweisung — Muster 3 — und zwar in dreifacher Ausfertigung bei derselben Kasse einzureichen. Die Nachweisung ist einseitig zu beschreiben und so einzurichten, daß die einzelnen Abschnitte ohne Abschriftnahme auf die Finanzämter verteilt werden können, die für die Erhebung der Einkommensteuer in Betracht kommen; die einzelnen Arbeitnehmer sind zunächst nach Wohnorten zusammenzufassen.
 Die Finanzkasse hat die Nachweisung dem für sie zuständigen Finanzamt abzugeben. Das Finanzamt teilt die Abschnitte und leitet sie an die für die einzelnen Arbeitnehmer zuständigen Finanzämter weiter.
 Berlin, den 16. Juni 1920.
 Der Reichsminister der Finanzen
 In Vertretung: (gez.) Roese.

Stadtgemeinde Nagold. Brennholzversorgung.
 Zur Brennholzversorgung sind für jeden Haushalt, welcher kein Bürgerrecht oder Genossenschaftserwerb, 100 Wellen (für kleinere Haushaltungen 50 Wellen) Reisig vorgesehen. Diejenigen Einwohner, welche mehr Reisig oder kein Reisig haben wollen, werden aufgefordert, dies am **Freitag und Samstag, 25. und 26. Juni, vormittags von 8—12 Uhr** bei der städt. Forstverwaltung anzumelden. (Gewerbehofhaus Erdgesch.)
 2890 Städt. Forstverwaltung.

Wagen
 hat zu verkaufen oder gegen einen leichten Wagen zu vertauschen.
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Gef.

Mädchen
 nicht unter 16 Jahren in kleinen Haushalt gesucht.
 Frau Oberpostmeisterin Burst.

Freiw. Feuerwehr Nagold.
 Am Sonntag, 27. Juni rückt das
I. u. II. Wachkommando
 zur Uebung aus.
 Auftreten 7 Uhr beim Magazin.
 Das Kommando.

Maria Wieland
Hermann Isenberg
 VERLOBTE
 Nürtingen Stuttgart
 Haiberbach
 Juni 1920.

Waschkommoden
 dem Verkauf aus.
Johannes Schill,
 Monhardtstr. Weg.

Seminar-Festsaal
 Sonntag, den 27. Juni, nachmitt. 1/2 5 Uhr
KONZERT
 der Musikvereinigung.
 Leitung: Herr Seminarlehrer Bezner.
 Quartett von Mozart; Arien, Trio und Militärsymphonie (Orchester) von Haydn.
 Eintrittskarten zu 2 M (num. Platz) und 1 M ab Donnerstag bei G. W. Zaiser und am Saaleingang.

U.S.P. Wildberg.
 Sonntag, den 27. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr
 zur „Rose“
Bersammlung
 Tagesordnung:
 1. Rückblick über die verflochtenen Wahlen.
 2. Gemeindeangelegenheiten und Wohnungsfrage.
 Freunde und Interessenten sind hierzu eingeladen.

Achtung!
 Am Sonntag ist in Pfundorf Karuffell und Schiffshaukel
 2926 wozu einladet der Besitzer.
Spazierstöcke, Mundharmonicas
Cigaretten von 30—60 Pfg.
Cigarren von 60 Pfg. bis M. 1.50
Rauchtabak Perkes 1 P. M. 5.
Einhorn-Tabak 1 P. M. 6.50
Rantabak 1 Rolle 1.50 u. 2 M.
Strohhitze mit 10% Ermäßigung
 empfiehlt
Hermann Knodel, Nagold.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.
ALTE STUTTGARTER
 Größte europäische Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit
 Versicherungsbestand Ende 1919 . . . 1 Milliarde 467 Millionen Mk.
 Bankvermögen „ 1919 . . . 611 Millionen Mk.
 Auskünfte erteilt in Nagold: **P. Schmid, Kaufm.**

Nagold, 25. Juni 1920.

Danksagung.
 Für die wohlthuenden Beweise der Liebe und herzlichen Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben treubesorgten Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Berta Reichert
 geb. Müller
 sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Es kommen wieder Nothstandswaren zur Verteilung.
 (Herren- und Knabenanzüge, Hosen, Unterhosen, Socken, Futterstoff)
 Bestellungen hierauf sind bis Montag, 28. ds. beim Städt. Nahrungsmittelamt anzumelden.
 Nagold, 24. Juni 1920.
 Städtisches Nahrungsmittelamt.

Militär- und Veteranen-Verein Nagold.
 Der Verein veranstaltet am kommenden Sonntag den 27. Juni einen
Familien-Ausflug
 nach Wildberg (über den Rühlberg). Sammlung: 1/2 1 Uhr im Lokal und
Verteilung der Ehrenzeichen
 für 25jährige Zugehörigkeit zum Kriegerbund.
 Abmarsch mit Musik 1 Uhr. Von 4 Uhr ab gemütliches Zusammenfeiern im „Schwarzwaldb-Hotel“ in Wildberg mit dem Krieger- und Sängerbund „Herzogin Vera von Württ. von Stuttgart“.
 Der Vorstand.
 Vereinszeichen sind anzulegen!

Zu dem am Sonntag 27. ds. nachm. 1/2 3 Uhr im großen Saal des evang. Vereinshauses in Nagold stattfindenden
Bersammlung mit Vortrag
 von Herrn W. R. Horngraber aus Wiesbaden werden
Männer u. Jünglinge
 aus Stadt und Bezirk
 herzlich eingeladen.
 Thema: **Brennende Fragen geschlechtlicher Sittlichkeit.**
Bund vom Weissen K.

Kurse am 24. Juni 1920
 mitgeteilt durch die
Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.

5% Deutsche Reichsanl. L.-u. K. Kriegsanl.	79.75	4% Frankl. Hypoth. Kreditver.	99.—
4% dgl. v. 1918 unk. 1925	73.00	4% Rheinl. Hypoth. Bank	100.00
3 1/2% dgl.	65.—	4% Württ. Hypoth. Bank	101.10
5% I. Disch. Schömannsfg.	100.—	3 1/2% dgl. kbb. A-D u. K-N	93.50
4% Bad. Bauleihe	85.90	3 1/2% dgl. kbb. ab 1912, 1915	90.80
3 1/2% kbb. ab 1905	87.50	4% Württ. Kreditverein	105.50
4% Württemberg, k. 1915	87.75	Obligationsen.	
1921 u. 1935	93.—	4% Stadt Frankfurt a. M.	109.50
3 1/2% dgl. v. 1875	93.—	4% Stuttg. Stadt v. 1919	103.50
3 1/2% dgl. v. 1878/80	79.—	Ketten.	
1885/05	79.—	Darmstädter Bank	156.26
3 1/2% dgl. v. 1881/85	74.25	Deutsche Bank	275.—
Lit. L.-O	74.25	Diskontogefellschaft	206.25
3 1/2% dgl. von 1900 (1903 ff.)	74.—	Dresdner Bank	172.50
3% dgl. von 1890	74.50	Bad. Anilin- u. Soda-fabrik	430.—
Pfandbriefe.		Daimler Motoren	214.—
4% Frankl. Hypoth. Bank	101.50	Schlager-Wal. (Theaterfabrik)	204.—
3 1/2% dgl.	90.—		

